

# Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter  
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 25.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1342.  
Redaktion und Expedition: Burgstr. 9, Hannover.  
Verleger u. verantwortl. Redakteur F. Krieg, Hannover.  
Druck von Dörnte & Löhner, Hannover.

Hannover,  
19. Juni 1903.

Abonnementpreis pro Quart.: 1,50 Mk., unter Kreuzb.  
2 Mk.; f. b. Ausl. 2 Mk., u. Kreuzb. 2,50 Mk. — Einzel-Nr.  
20 Pf. — Geschäfts-Zusätze: die Geschäfts-Zusätze  
30 Pf., b. Wiederb. Rabatt. Und. Inzerate die Zeitzeile 20 Pf.

13. Jahrg.

## Die preussische Bierbrauerei im Lichte der Fabrikinspektorenberichte.

Die Ausbeute aus den Jahresberichten der königl. preussischen Regierungs- und Gewerbeämter und Bergbehörden für 1902 ist für das Brauergewerbe nicht groß. Selbst über die so wichtige und leider noch übermäßig stark verbreitete Sonntagsarbeit finden sich lediglich zwei Verweisungen im Register. Der Berliner Gewerbeamt stellt Übertretungen des § 105 c der Gewerbeordnung fest, indem neben zulässigen auch nicht erlaubte Arbeiten an Sonntagen vorgenommen wurden und die vorgeschriebenen Verzeichnisse nicht ordnungsgemäß geführt wurden. In Potsdam wurde die Auszahlung des Lohnes am Sonntage in einer Brauerei gerügt, sonst finden sich bloß Mitteilungen über die Ertheilung von Erlaubnissen, am Sonntage zu arbeiten. Etwas ausführlicher, aber auch durchaus ungenügend ist die Richterstattung über die Unfälle in den Brauereien. Aus Berlin wird die Zerkümmern eines Abzugsröhres für Flaschenbier in einer Brauerei erwähnt. Ein Brauer war damit beschäftigt, das Faß von 83 Hektoliter Inhalt mittels einer mechanisch betriebenen Pumpe zu füllen, und hatte vergessen, den Hahn zum Ablassen der Luft zu öffnen. Es entstand dadurch zu hoher Druck im Faß, welcher den Boden herauskünderte. Der Brauer wurde getödtet. Dieses Leben hätte durch die Anbringung eines einfachen Sicherheitsventils an dem Faße erhalten werden können. Nach dem bedauerlichen Unfälle wurde es angebracht. 5 Todesfälle in Folge von Unfällen wurden aus den Brauereien und Mälzereien des Regierungsbezirks Düsseldorf dem Gewerbeaufsichtsrath gemeldet. Das Flaschenbiergeschäft bringt neue Ursachen schwerer Unfälle mit sich. So wird aus dem Regierungsbezirk Trier gemeldet, daß sich ein jüngerer Arbeiter in einer Brauerei eine schwere Handverletzung an der Spülmaschine zuzog. Nach dem Zerspringen einer Flasche wollte er diese während des Notirens entfernen, anstatt durch die dicht nebenan befindlichen Hebel die Spülmaschine zuvor auszuschalten. Es wäre zu erörtern, ob sich nicht Einrichtungen treffen ließen, um eine Entfernung der Flasche während des Notirens unmöglich zu machen. Wir werden zu dieser Bemerkung veranlaßt durch eine Notiz in dem pommerischen Berichte, wo es heißt, daß an den Hebeln der Spülmaschinen in Brauereien (Patent Bernreuther) vielfach eine Arretirungsvorrichtung vorgeschrieben wurde, welche erst dann gestattet, den Pumpenhebel in Thätigkeit zu setzen, wenn ein Faß aufgesetzt resp. der Spritzkopf bedeckt ist. Wie leichtfertig die Gefahren für die Arbeiter übersehen werden, ersieht man aus der Mittheilung des Gewerbeamtes für Bielefeld und Stade, daß in dem Arbeitsraume einer Brauerei ziemlich nahe bei der Feuerstelle einer Braupanne ein Acetylen-Gas-Apparat aufgestellt gefunden wurde! Daß sich oft ohne viele Kosten sehr nützliche Schutzvorrichtungen treffen lassen, ersieht man aus dem Bericht für den Regierungsbezirk Arnberg, wo erwähnt ist, daß in einer Brauerei die Ausrücker der Selbstwender auf den Malzbarren mit den äußeren Thüren der Darren zwangsläufig verbunden sind, und zwar so, daß beim Betreten der Darren die Wender stille stehen. Aus Breslau wird lobend der Brauerei von Rippe Erwähnung gethan, weil in ihr eine zweckmäßige Maschine aufgestellt wurde, welche das Stürzen der großen Fässer beim Pichen mechanisch vollkommen ungefährlich besorgen soll. Im Regierungsbezirk Biegnitz mußte in einer Brauerei unter Beihilfe der Polizeibehörde ein feststehender Dampfkessel außer Betrieb gesetzt werden.

Ueber die gesundheitlichen Verhältnisse der Brauereiarbeiter schweigt sich der Bericht fast vollkommen aus, bloß der Gewerbeamt für Posen erwähnt, daß er sich für bessere Entlüftung der Gähräume in den Brauereien bemüht habe. Den Fabrikinspektor für Magdeburg sollte man auf die Erfahrungen mit der Bierablösung in Nürnberg aufmerksam machen. Er schreibt: „Der Alkoholfrage ist bei den Revisionen der Betriebe stets besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden, wobei überall auf thunlichste Einschränkung des Alkoholverbrauchs hingewirkt wurde. Die Bemühungen, die Brauereibesitzer zur Ablösung des Arbeitern zustehenden Freitranke, der häufig im Uebermaß genossen wird, durch eine Bohnaufbesserung zu bewegen, sind leider im Allgemeinen vergeblich gewesen. Von den Unternehmern wurde gegen diesen Vorschlag eingewendet, daß die Arbeiter wahrscheinlich

die Bohnaufbesserung annehmen, sich aber das Bier zum Genuß auf der Stelle vermuthlich doch zu verschaffen suchen würden, und daß man sie derartigen Versuchungen nicht aussetzen möge.“

Ueber das Eindringen der Kinderarbeit findet sich aus dem Regierungsbezirk Münster die Mittheilung, daß schulpflichtige Kinder regelmäßig mit Flaschen- spülen beschäftigt wurden und für eine vierstündige Thätigkeit mit 40 Pf. entlohnt wurden.

Sonst finden sich in dem Berichte bloß unseren Lesern schon bekannte Thatsachen erwähnt, wie das Berliner Tarifabkommen und der Bielefelder Streik und Boykott. Man legt deshalb den umfangreichen Berichtsband ohne Befriedigung aus der Hand, enthält er doch über eine so wichtige preussische Industrie, wie die Brauerei und Mälzerei, nur wenige und ungenügende Informationen; er geht über wichtige Erscheinungen in unserem Berufsleben, wie die mangelhafte Sonntagsruhe, über lange Arbeitszeiten, große Krankheitshäufigkeiten, die Mannigfaltigkeit der Gewerbekrankheiten stillschweigend hinweg oder behandelt sie nur oberflächlich. Hier ist dringend Besserung zu wünschen, sie kann aber zum Theil auch durch unsere Organisationen herbeigeführt werden, wenn sie die Aufschütsbeamten auf Gesetzesübertretungen, Unfallgefahren, Krankheitsstatistiken, auf Mängel im Betriebe und in der Art der Beschäftigung aufmerksam machen würden. Hier ist noch ein weites, leider fast ganz brach liegendes Feld gewerkschaftlicher Thätigkeit.

## Die Lohnbewegung in Hannover.

Nun ist auch die Lohnbewegung in Hannover, soweit die Verbandsbrauereien in Betracht kommen, zu Ende. Bereits am 9. April nahm eine Brauereiarbeiterversammlung Stellung zu den ablaufenden Vereinbarungen und beschloß, in diesem Jahre nur eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden, die Abschaffung des Bierausfahrens an Sonn- und Feiertagen oder mindestens eine entsprechende höhere Bezahlung für diese Arbeit an Sonntagen, die Regelung des Arbeitsnachweises und Freigabe des 1. Mai zu fordern, mit 14jähriger Vertragspflicht. In der dann stattgefundenen Unterhandlung der gewählten Kommission mit den Vertretern der Arbeitgeber erklärten letztere, nur auf der Basis der bestehenden Vereinbarungen und einer 14jährigen Vertragsdauer zu unterhandeln. Die letzten die Vertreter der Arbeiter ab. Schließlich erklärten die Arbeitgeber, daß es ihnen vor allen Dingen auf eine längere Vertragsdauer ankomme, demgemäß erklärten die Vertreter der Arbeiter, daß dann auch die Forderungen entsprechend gestellt würden. Eine darauf folgende Versammlung setzte die Forderungen fest. Bei der nächsten Verhandlung wollten die Brauereivertreter nur an Lohn durchschnittlich 1 Mk. wöchentlich zulegen, bei den Heizern und Maschinenisten nur den Anfangslohn um 1 Mk. erhöhen, für die Ueberarbeit und Sonntagsarbeit der Fahrer wollte man eine kaum nennenswerthe Aufbesserung gewähren, weiter nichts. Eine am 6. Mai von circa 650 Brauereiarbeitern besuchte Versammlung beschloß einstimmig, an den gestellten Forderungen festzuhalten und beauftragte die Kommission mit der weiteren Unterhandlung. Am 16. Mai sollte eine weitere Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zwecks Verhandlung stattfinden, jedoch schon an den Tagen vorher wurde eine Menge Bier in Vorrath abgezogen, in verschiedenen oder in allen Brauereien mußten die Komptoiristen x. schon früh Morgens 6 Uhr zur Stelle sein, am letzten Tage vor der Verhandlung wurde nicht gefahren und am 15. Mai, früh 6 Uhr, wurden in sämtlichen Brauereien die Arbeiter alle zusammengerufen, auch die, welche nicht im Dienst zu sein brauchten, und wurde ihnen von den Herren Direktoren folgender Ukas vorgelesen:

„Wie wir vernommen haben, beabsichtigen die Arbeitnehmer wegen Nichtgewährung der von ihnen gestellten Forderungen in den allgemeinen Streik einzutreten. Wir machen dieselben darauf aufmerksam, daß wir für den Fall eines Streikes alle Maßregeln zu einer geeigneten Gegenwehr getroffen haben. Von diesen Maßregeln geben wir schon jetzt den Arbeitnehmern folgende bekannt, damit dieselben in der Lage sind, im Voraus die Folgen ihres Schrittes zu übersehen.“

Wir haben einstimmig beschlossen:

1. Im Falle des allgemeinen Streiks werden keine Arbeitnehmer, die an dem Streik theilnehmen, auf einer der Vereinsbrauereien wieder angenommen.
2. Den Streikenden werden diejenigen Arbeitnehmer gleichgestellt, die am Tage der Streiteröffnung wegen Krankheit fortbleiben, trotzdem sie an dem vorhergehenden Tage noch gearbeitet haben.

Von den gestellten Forderungen gewähren wir die nachstehenden:

3. Die Arbeitswilligen werden weiter beschäftigt. Dieselben erhalten im Verhältnis zu ihren jetzigen Bezügen folgende Vergünstigungen:

- a) Jeder, der in unseren Betrieben arbeitet, erhält ohne Rücksicht auf den Höchstlohn des jetzigen Tarifes eine Zulage von 1 Mk.;
- b) die Werfahrer erhalten für die erste Tour am Sonntag früh eine Vergütung von 1 Mk., von 11—2 Uhr 1,50 Mk. und für den Stallwachtendienst anstatt 3 Mk. jetzt 4 Mk.;
- c) die Werfahrer der Hannoverschen Aktien-Brauerei erhalten statt bisher 21 Mk. von jetzt ab 22 Mk. unter Beibehaltung der ihnen gebührenden Provision;

d) die Handwerker erhalten zu ihrem jetzigen Lohn einen Zuschlag von 2 Mk., soweit dadurch der Höchstlohn von 21 Mk. nicht überschritten wird.

Zu den Handwerkern werden gerechnet: Schlosser, Schmiede, Tischler, Zimmerleute, Sattler und Maurer.

Für den Fall, daß ein theilweiser Streik eingeleitet werden sollte, werden sämtliche Arbeitnehmer der Verbandsbrauereien, welche den Streiklassen angehören, auch auf den nichtstreikenden Verbandsbrauereien innerhalb 24 Stunden nach Einleitung des Theilstreiks entlassen, wenn nicht bis zu diesem Termin die Arbeit auf der von dem Streik betroffenen Brauerei bezw. den betreffenden Brauereien bedingungslos wieder aufgenommen ist. Die auf Grund dieser Maßnahme entlassenen Arbeitnehmer werden unter keinen Umständen wieder eingestellt.“

Dieser Ukas wurde mit Gleichmuth, theilweise mit Seltens und Verwunderung aufgenommen, da ja von einem Streik noch keine Rede war und die zu ergreifenden weiteren Maßnahmen erst von dem Resultat der andern Tage folgenden Verhandlungen abhängen. Und da die Herren mit ihren Zugeständnissen theilweise schon bedeutend weiter gegangen waren, war ja die Möglichkeit gegeben, daß auf dieser Grundlage eine Verständigung erzielt werden könnte. Am selben Tage, also noch einen Tag vor der Verhandlung, wurde außerdem folgendes Zirkular an die Brauereien der umliegenden Städte versandt, welches die nicht bekannt gegebenen „Maßregeln zu einer geeigneten Gegenwehr“ enthielt:

Hannover, 15. Mai 1903.

Am heutigen Tage haben die sämtlichen Arbeitnehmer der unterzeichneten Brauereien die Arbeit niedergelegt, und sind dieselben dadurch in die schwierige Lage versetzt, die Kundtschaft nicht mehr in der gewohnten prompten Weise bedienen zu können.

Seitens der führenden Lohn-Kommission wird nun jedenfalls versucht werden:

1. den Zugang fremder Arbeitswilligen von Hannover fernzuhalten,
2. auswärtige Brauereien zu veranlassen, die Nothlage der hiesigen Brauereien durch Anlieferung von streikfreiem Bier auszunutzen.

Wir richten daher an die in Frage kommenden Brauereien das kollegiale Ersuchen, event. vorhandene streikwillige Arbeitnehmer nach hier zu dirigiren, und unter allen Umständen die Anlieferung von Bier in unsere Kundschaft zu unterlassen, resp. im Falle feste Verpflichtungen vorhanden, die Bierlieferungen nach dem hiesigen Plage nicht über das bisherige Maß auszubehnen.

Kollegen! Der Streik ist von Seiten der Lohn-Kommission feindlicher Weise in Szene gesetzt; wir sind bis zur äußersten Grenze entgegen gekommen; weiter konnten wir nicht gehen, wollten wir nicht unsere Autorität und unsere Existenz in Frage stellen. Heute gilt es für uns, den uns aufgezungenen Kampf aufzunehmen und für uns siegreich durchzuführen; gleichzeitig dadurch auch für die gesamte Brau-Industrie in die Bresche tretend.

Kollegen! Wir sind einig im festen Vertrauen auf unsere gerechte Sache, in der Zuversicht, daß wir in der Solidarität der Kollegen starke Unterstützung finden, und sind sicher, daß unser Appell entsprechenden Widerhall finden wird.

Wir bemerken noch, daß wir den Arbeitswilligen dauernde Beschäftigung zusichern und dieselben auch über die Beendigung des Streiks hinaus beschäftigen werden.

Mit kollegialer Begrüßung.“

(Folgen die Unterschriften der sieben Verbandsbrauereien.)

Auch das war etwas sehr vortheilhaft, durch nichts gerechtfertigt und der Inhalt des Zirkulars, soweit er gegen die organisierten Arbeiter gerichtet war, auch in keiner Weise den Thatsachen entsprechend. Falsch ist es insbesondere, daß die Brauereien nicht weiter gehen konnten, ohne die Autorität und die Existenz in Frage zu stellen. Was hat die Autorität mit einer Lohn-erhöhung und einer Verkürzung der Arbeitszeit zu thun? Und besonders in Bezug auf die Arbeitszeit und das Bierausfahren an Sonntagen sind in verschiedenen Städten Deutschlands schon bessere Verhältnisse als in Hannover, ohne daß die Existenz der Brauereien in Frage gestellt wäre. Nicht dieses ist es, sondern das Scharfmacherprinzip, das gegen die Verkürzung der Arbeitszeit ist, und die Brauereien thäten besser daran, dieses Prinzip schwimmen zu lassen, auf die Dauer ist es doch nicht haltbar und führt nur zu gelegentlichen unliebsamen Komplikationen. — Die Organisation, der 95 Prozent der Brauereiarbeiter Hannovers angehören, ließ sich auch durch diese Maßnahmen aus ihrer Ruhe nicht stören und wartete ruhig die Verhandlung ab. In dieser unterbreiteten die Arbeitgeber ihre erweiterten Zugeständnisse, welche einer von ca. 700 Brauereiarbeitern besuchten Versammlung am 18. Mai zur Beschlußfassung vorgelegt wurden. Allgemein wurden die erweiterten Zugeständnisse als wesentlich bessere bezeichnet. In einer Resolution wurden dieselben acceptirt, jedoch die Erwartung ausgesprochen, daß die Löhne der Hilfsarbeiter jährlich steigend bis auf 24 Mk. anstatt 23 Mk. festgesetzt werden, wie dieses schon in einer Brauerei der Fall war, ferner wurde die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit offen gelassen auf Grund des Versprechens eines der Herren Betriebsleiter, im Verein der Brauereien nach besten Kräften für eine Verkürzung der Arbeitszeit zu wirken, sofern von Seiten der Arbeiter die gemachten Zugeständnisse angenommen werden. Das Weitere wurde der Kommission bei der definitiven Festlegung des Tarifs mit dem Verein der Brauereien überlassen. Die sondersbare Stellungnahme des in der Versammlung anwesenden Vorsitzenden der Böttcher, Winkelmann, wollen wir aus taktischen Gründen übergehen. Die in der Resolution ausgesprochenen Erwartungen wurden von dem Verein der Brauereien nicht erfüllt, jedoch halten wir uns in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit noch immer an das gegebene Versprechen. Die Unterzeichnung des Tarifs seitens der Arbeitgeber zög sich in die Länge, weil die Herren in ihren letzten Zugeständnissen plötzlich einen Irrthum entdeckten. Es war eine zehnständige Arbeitszeit für alle Arbeiter mit Ausnahme der Werfahrer





